

Marcel Luthe – Freie Wähler

„Nach Schätzungen – der Senat war nicht in der Lage, auf meine Anfrage diese Zahl präzise zu benennen – sind seit 1990 etwa 250.000 Parkplätze auf öffentlichem Straßenland weggefallen. Der Berliner PKW-Bestand war 2020 auf dem Niveau des Jahres 1995, obwohl die Zahl der Einwohner um etwa 300.000 gestiegen ist. Das Problem der Parkraumknappheit ist also hausgemacht - und betrifft alle Berliner, die dadurch nicht nur Lebenszeit verlieren, sondern durch den Parkraumsuchverkehr auch unnötig Energie verbrauchen müssen.

Eine Vignette – die wir im Interesse der ohnehin schon massiv mit Überstunden und Krankenstand belasteten Kollegen unterstützen - würde aber bestenfalls einen Teil des Problems lösen, denn Parkraum steht – wir kennen das vom Anwohnerparken – dadurch trotzdem nicht automatisch zur Verfügung. Die ausufernde, sogenannte „Parkraumbewirtschaftung“, die wegen der Kostenteilung zwischen Land und Bezirken wenig ordnungspolitischen Zweck hat, sondern vor allem den allgemeinen Bezirkshaushalten dient, muss ebenfalls kurzfristig deutlich reduziert und vor allem Parkraum wieder geschaffen werden, der teils mutwillig – etwa durch Bepflanzung oder nicht benutzbare und daher nicht benutzungspflichtige Radwege - blockiert wird. Mittelfristig müssen wir deutlich stärker dreidimensional planen und insbesondere Tiefgaragen unter allen geeigneten öffentlichen Plätzen schaffen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Mit einer knappen Ressource – Platz in einer Metropole – muss schonend umgegangen werden, was die Senate der letzten 20 Jahre aus ideologischen Gründen nicht getan haben: sehen Sie sich nur die Dauerbaustellen ohne Bautätigkeit oder die Sonderspuren mit wenigen Nutzern in unserer Stadt an! Wer Ihnen nun eine Vignette verspricht, will Sie allenfalls vor der Wahl ruhigstellen. Der ideologische und unvernünftige Kampf gegen die individuelle Mobilität quer durch die Parteien wird nach der Wahl unverändert weitergehen, wenn Sie nicht anders entscheiden.“

Klaus Lederer – Die LINKE

„die LINKE und unser verkehrspolitischer Sprecher im Abgeordnetenhaus, Kristian Ronneburg, haben die Ausnahmegenehmigungen für Schichtdienstleistende immer unterstützt. Aus seiner Abfrage bei der Verkehrsverwaltung vom vorigen September wissen wir auch, dass Anträge auf Ausnahmegenehmigungen in den meisten Bezirken und insbesondere in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg mehrheitlich positiv beschieden werden. Dass diese Genehmigungen auf acht Dienste pro Person und Monat beschränkt seien, war MdA Ronneburg und mir bisher unbekannt. Aus unserer Sicht sollte diese Begrenzung aufgehoben werden.“

Sebastian Czaja – FDP

„vorab möchte ich mich bei Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen für Ihren Einsatz bedanken, den Sie täglich auch unter widrigen Bedingungen leisten. Als FDP wollen wir die Arbeitssituation der Polizistinnen und Polizisten verbessern. Wir wollen die Nachwuchsarbeit der Berliner Polizei verstärken, um Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Hintergründen und kulturellen Perspektiven zu gewinnen. Gutes Personal braucht auch eine gute Infrastruktur. Die Polizeiwachen müssen endlich saniert und in einen guten Zustand

versetzt werden; dafür wollen wir ein Sanierungsprogramm mit einem verbindlichen Plan aufstellen. Unter modernen Arbeitsformen verstehen wir insbesondere die Vereinbarung von Familie und Beruf und dass Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit nicht mehr hintenanstehen dürfen. Deshalb treten wir dafür ein, dass Polizeiangehörige im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten wieder kostenfrei auf den Polizeigeländen parken dürfen. Gerade den im Schichtdienst Tätigen muss bestmöglich gewährleistet werden, keine Zeit mit Parkplatzsuche zu verlieren und eigene Fahrzeuge während der Dienstzeit sicher unterzubringen. Eine Parkvignettenlösung sehen wir kritisch, da vor Ort dann die Autos von Polizeibeamten daran erkennbar sein könnten, dass sie z.B. zwei Vignetten (für zu Hause und für vor Ort) oder spezielle Gästevignetten hätten. Dies würde das Anschlagrisiko auf deren Autos erhöhen, was wir in jedem Fall unterbinden möchten.“

Burkard Dregger – CDU

„ich danke für Ihr Schreiben vom 19.08.2021. Darin fordern Sie eine Lösung zugunsten der Schichtdienstleistenden der Berliner Polizei für eine Ausnahme von der Parkraumbewirtschaftung, insbesondere zu den Nachtzeiten, in denen der öffentliche Nahverkehr nicht in ausreichender Weise zur Verfügung steht.

Wir haben darüber bereits in der Vergangenheit gemeinsame Gespräche geführt. Die Position der Berliner CDU ist klar. Wir unterstützen Ihr Begehren und fordern eine Lösung im Interesse der Beschäftigten der Berliner Polizei. Es ist uns unerklärlich, warum es zu einer entsprechenden Lösung noch nicht gekommen ist. Hier fehlt offenbar an mancher Stelle der nötige gute Wille.

Wir hoffen, nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus in Regierungsverantwortung zu kommen, um dann in verantwortlicher Weise zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.“